

## ZT Kurznotiert

**Die Mehrheit der Deutschen** hat Angst vor den Folgen einer Gesundheitsreform. Dies geht aus einer EMNID-Umfrage im Auftrag der Programmzeitschrift „auf einen Blick“ hervor. Für Medikamente, Arztbesuche und Klinikaufenthalte sollen die Deutschen in Zukunft draufzahlen. Fast zwei Drittel der Bundesbürger befürchten, sich dadurch nicht mehr die jetzige Qualität der medizinischen Versorgung leisten zu können. (ots)

**Die elektronische Gesundheitskarte**, die 2006 eingeführt werden soll, bietet nach Gesundheits-Staatssekretär Klaus Theo Schröder ein großes Einsparpotenzial. Damit wies er die Kritik der Krankenkassen zurück, die Karte werde die Kassen mindestens eine Milliarde Euro kosten. (Spiegel Online) Auch Schröder räumte ein, dass durch die Einführung der Karte zunächst Kosten entstünden. Diese könnten aber durch ein innovatives Finanzierungskonzept zurückverdient werden. So sei es in Zukunft beispielsweise möglich, Kassenrezepte schneller und günstiger abzurechnen. (Ärzte Zeitung)

**Der Gesundheitsökonom** Prof. Karl Lauterbach hält die Durchsetzung der Bürgerversicherung derzeit für wenig wahrscheinlich. Im Gespräch mit tagesschau.de erklärte Lauterbach: „Ich vermute, dass die CDU sich letztlich gegen die Bürgerversicherung und für das Kopf-Prämien-Modell von Reinhard Rürup aussprechen wird.“ (ots)

**Globudent zahlt Millionen.** Im Zusammenhang mit dem Betrugsskandal um billige Zahnprothesen aus Fernost wollen die ehemaligen Inhaber der Mülheimer Dentalfirma Globudent den geschädigten Krankenkassen und Patienten rund viereinhalb Millionen Euro erstatten. Darauf hätten sich die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen mit den Inhabern der inzwischen liquidierten Firma geeinigt. Globudent hatte in China Zahnersatz zu Dumpingpreisen anfertigen lassen und diesen dann in Deutschland zu teilweise Höchstpreisen nach der hier geltenden Gebührenordnung bei Patienten und Krankenkassen abgerechnet. So sollen alle Patienten, denen preiswerter Zahnersatz aus China als deutsches Markenprodukt untergeschoben wurde, ihre Eigenbeteiligung zurückbekommen. Auch die Krankenkassen würden für ihre Mehrerstattung entschädigt. (dpa)

**Europas Bürger wollen mitreden** und ausreichend informiert werden, wenn es um ihre Gesundheit geht. Dies belegt eine Studie des Picker Institutes, die in acht europäischen Ländern durchgeführt wurde. 74 % der Befragten möchten in Therapieentscheidungen aktiv eingebunden werden, aber nur 36 % glauben, dass die Ärzte ausreichend mit ihnen reden. Der Arzt ist immer noch die wichtigste Informationsquelle für den Patienten. Jedoch greifen immer mehr Bürger auf andere Informationsquellen zurück, um Entscheidungen über Behandlungsoptionen treffen zu können. (ots)

ANZEIGE

Die Gesundheitsreform 2003 scheint nun trotz aller Kritik doch konsensfähig zu sein. Was bleibt, ist die Unsicherheit darüber, was sich konkret für den Einzelnen ändern wird. ZT Zahntechnik Zeitung fragt bei den betroffenen Leistungserbringern nach, welche Konsequenzen die Reform für diese mit sich bringen wird, und stellt diese in einer Serie in den nächsten Ausgaben vor.

## Die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Leistungserbringer

### Teil I: Die Zahntechniker

(kh/dh) – Regierung und Opposition haben sich darauf geeinigt, ab 2005 den Zahnersatz in eine obligatorische Zusatzversicherung zu überführen. Die Patienten sollen zwischen einer Extra-Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und einer privaten Zusatzversicherung wählen können. Des Weiteren sind im Gesetzesentwurf Festzuschüsse für Zahnersatz vorgesehen. Die einflussreichste Ständevertretung der Zahntechniker kann diesem Kompromiss allerdings nur wenig Positives abgewinnen. VDZI-Präsident Lutz Wolf mahnt zur Vorsicht, da „die rechtlichen Regeln, die einen fairen Wettbewerb zwischen gesetzlicher Krankenversicherung und privater Krankenversicherung – aber mehr noch gegenüber den

Leistungsanbietern – gewährleisten sollen, erst entwickelt werden müssen“. Der Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen kündigt in seiner aktuellen Pressemitteilung zur Gesundheitsreform weiterhin an, seinen Beitrag zu leisten, um die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch zukünftig eine innovative und qualitätsorientierte Versorgung mit Zahnersatz in leistungsgerechten Strukturen für die Bevölkerung stattfindet. Doch gerade diese vollmundigen, aber doch nebulös gehaltenen Versprechen scheint man dem Verband an der Basis nicht mehr wirklich zu glauben. In einer von der ZT Zahn-technik Zeitung durchgeführten qualitativen Umfrage zeigte sich, dass die Mehrheit

der Befragten Zahntechniker unzufrieden mit der Rolle des VDZI in der aktuellen Reformdiskussion ist. „Der VDZI soll endlich einsehen, dass er ein Papiertiger ist ... Zwar mühen sich viele führende Mitglieder des VDZI redlich, aber es ist frustrierend, wenn man den Erfolg bzw. Misserfolg dieser Aktionen sieht.“ So war man sich unter den befragten Dentallaboren schon längst nicht mehr sicher, „ob ein solcher Verband noch eine Daseinsberechtigung hat“. Bemängelt wurde vor allem die schlechte Informationspolitik des VDZI. Außer einigen Faxen mit Informationen, wie sie auch in der Tagespresse zu finden waren, schien an der Basis bisher nur wenig für die Labore relevanten Neues angekommen zu sein. So hat sich bei vielen Den-

tallabors inzwischen wohl eher Resignation breit gemacht. „Die Zahntechniker sind zum Spielball der Politik geworden.“ Die Ausgrenzung des Zahnersatzes aus der GKV wurde allgemein relativ emotionslos hingenommen. Man schätzt sich selbst allem Anschein nach als zu unbedeutend ein, um in Berlin irgendetwas bewegen zu können. Aus dem, was die Politik der Zahn-technik vorsetzt, muss eben das Beste gemacht werden, und so schlecht werden die Zukunftsaussichten der Zahn-techniker dann gar nicht eingeschätzt. Die Mehrheit der befragten Labors glaubt, dass sich ihre betriebswirtschaftliche Situation durch die neuen Regelungen insgesamt nicht noch weiter verschlechtern

wird. Dabei differenzieren die einzelnen Antworten aber erheblich, was die Unsicherheit der Zahntechnik-Branche hinsichtlich ihrer eigenen Zukunft deutlich widerspiegelt. Einzelne Betriebe erwarten einen kurzfristigen Rückgang der Aufträge um bis zu 50 % und damit verbundene betriebsbedingte Kündigungen, während andere Dentallabore bis 2005 volle Auftragsbücher erwarten, und erst danach größere Umsatzeinbrüche befürchten. Diese unterschiedlichen Prognosen scheinen hauptsächlich dadurch begründet zu sein, dass sich die Mehrzahl der Zahntechniker nicht genügend informiert fühlt. Gibt es zukünftig den freien Markt? Wie werden Härtefälle versorgt? Was bezahlt die Versicherung, die alte BEL II oder BEB? Welche Leistungen werden überhaupt bezahlt? Diese Fragen der Dentallaboranten werden in naher Zukunft noch zu klären sein. Bleibt zu hoffen, dass der VDZI dann eine bessere Informationsstrategie für seine Mitglieder fährt. ☐

### Heftige Kritik an Phillip Mißfelder

## Kein Zahnersatz für Senioren

Der Vorsitzende der Jungen Union, Phillip Mißfelder, ist mit seinem Vorstoß, ausschließlich älteren Mitbürgern medizinische Leistungen zu verweigern, überall auf heftigen Widerstand gestoßen.

(dh) – „Alles, was über eine normale Behandlung rausgeht, muss aus dem Leistungskatalog der Krankenversicherungen für Rentner herausgenommen und privat finanziert werden“, so äußerte sich Mißfelder gegenüber der Bild-Zeitung. Der jungen Generation sei es im Besonderen nicht mehr zuzumuten, für die Alten neue Hüftprothesen und Zahnersatz zu bezahlen. Mit diesen polemischen Forderungen stieß der Chef der Jungen Union allerdings auf wenig Gegenliebe. Besonders deutlich wurde Mißfelder für seine „unmenschlichen Vorschläge gegenüber der älteren Generation“ (Edmund Stoiber)

überraschenderweise aus den eigenen Reihen angegriffen. Der Generalsekretär der CSU, Dr. Thomas Goppel, äußerte in einem Rundschreiben Unverständnis für Mißfelders Vorschläge. Der JU-Vorsitzende rede „schlicht und einfach dummes Zeug“ und solle sich zuallererst in die „Grundzüge der christlichen Sozialethik einarbeiten“ ließen führende CSU-Politiker vernehmen. Inzwischen hat Mißfelder auf Grund der seiner Meinung nach ungerechtfertigten Kritik wieder auf ganzer Linie zurückgerudert. Dennoch bleibt ein fahler Beigeschmack. Außerdem macht noch ein weiterer Punkt nachdenklich. Obwohl Mißfelder

mehrmals nachdrücklich den Senioren ihr Recht auf Zahnersatz ab sprach, hat dies weder die Ständevertreter der Zahn-techniker noch die Presse sonderlich interessiert. Aufhänger des allgemei-

nen Ärgernisses war fast ausschließlich die Diskussion um die Hüftgelenke. Und zu diesem Zeitpunkt war die Ausgrenzung des Zahnersatzes aus der GKV noch lange nicht endgültig beschlossen. ☐

Meine Frau Gitta bekommt die Standard-ahr, das Haus UND! meine Zähne!



### Kostenexplosion bei den Krankenkassen – Kassenbosse mitverantwortlich

## Verwaltungskosten erreichen Rekordhöhe

157 Euro gibt jede Krankenkasse im Jahr pro Mitglied an Verwaltungskosten aus. Damit haben sich die Ausgaben innerhalb von 12 Jahren auf 8 Mrd. Euro fast verdoppelt. Zwar muss gespart werden, doch scheinbar nicht bei den Luxus-Gehältern in den Führungsetagen.

(dh) – Trotz Sparappellen von Seiten der Regierungskoalition haben die Krankenkassen erneut mehr Geld für die Finanzierung ihrer Verwaltungskosten ausgegeben. Das Bundesgesundheitsministerium hat jetzt bekannt gegeben, dass die Verwaltungskosten

höhe erreicht. Ursache für diesen Anstieg sind jedoch nicht nur ein höherer Aufwand für Verwaltung, sondern offenbar auch die nicht selten recht tüppig ausfallenden Vorstandsgehälter einiger Krankenkassen. So hat das Bundesversicherungsamt laut einem Bericht

von kleinen Versicherungen mit bis zu 20.000 Mitgliedern teils enorme Luxusgehälter zwischen 100.000 und 120.000 Euro pro Jahr. Folgt man den Äußerungen von Barmer Ersatzkassen-Chef Eckart Fiedler gegenüber der Financial Times Deutschland, werden ab 2005 voraussichtlich nochmals 2,5 Milliarden Euro an Verwaltungskosten durch die Auswirkungen der Gesundheitsreform hinzukommen. Nun wollen die Krankenkassen die Verwaltungsausgaben durch Stellenabbau und Filialschließungen senken, wobei die Gehälter in den Vorstandsetagen allerdings unangetastet

bleiben. Neben der AOK Brandenburg – mit 2000 Angestellten immerhin der größte Arbeitgeber des Bundeslandes – will vor allem die Barmer Ersatzkassen somit Kosten einsparen. Auch die Bundesregierung kündigte an, die Verwaltungskosten der Kassen reduzieren zu wollen. So sollen im Rahmen der Gesundheitsreform die Krankenkassen künftig offen legen, wie hoch deren Ausgaben für Verwaltung und Personal sind. Des Weiteren wurde den Versicherern für 2003 eine Nullrunde diktiert. Ginge es nach dem Willen des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Lud-

wig Georg Braun, müsste einfach ein verschärfter Wettbewerb zwischen den Kassen stattfinden. Denn nur so könne man dauerhaft Beiträge senken und Kosten minimieren. ☐

### Krankenkassen erwägen Personalabbau

ten im Jahr 2002 auf 8,02 Milliarden Euro gestiegen sind. Auch im ersten Quartal diesen Jahres sind die Ausgaben weiter in die Höhe geklettert und haben mittlerweile Rekord-

der Bild-Zeitung nach Prüfung der Gehälter bei neun bundesweit tätigen Betriebs-, Innungs- und Ersatzkassen diese als viel zu hoch beanstandet. Demnach erhielten selbst die Vorstände

## ZT Zitat

„Es wäre besser, das Geld der Versicherten für die Kranken auszugeben, als für die Verwaltung der Kassen.“

(Eckehard Bahlo, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten, Quelle: Bild-Zeitung)